

Begründung:

Herr M hat, nachdem ihm das Urteil des AG [ ] am [ ] zugestellt worden war, am [ ] dagegen Berufung eingelegt, wodurch die Frist des § 314 StPO gewahrt wurde.

Im angefochtenen Beschluss vertritt das LG die Auffassung, die Berufungseinlegung entspreche nicht den Formerfordernissen, weil der Faxausdruck keine Unterschrift enthalte. Diese Auffassung trifft nicht zu. Zum Einen besagt „Unterschrift“ nicht, dass die zur Identifizierung des Erklärungsverfassers erforderliche Namensangabe „unter“ der Erklärung angebracht sein muss; zum Anderen ist auf dem rechten Seitenrand – quer – nach dem Vermerk: „Bitte sofort vorlegen!“ ein Schriftzug vorhanden, aus dem sich jedenfalls die Buchstaben „M – ter – a“ erkennen lassen. Dies reicht im Zusammenhang mit der Kopfleiste des Telefax aus, um den Erklärungsverfasser zuverlässig identifizieren zu können.

Rechtsanwalt



**Siehe auch:** → *Berufung, Allgemeines*, Teil A Rdn 1, m.w.N.; → *Berufung, Unzulässigkeit, Verwerfung durch das AG*, Teil A Rdn 354.

## Beschwerde, Allgemeines

400

### Das Wichtigste in Kürze:

1. Die Beschwerde komplettiert das Rechtsschutzsystem gegen Beschlüsse und Verfügungen sowie gegen die weiteren gerichtlichen Entscheidungen, die nicht mit Berufung, Revision oder einem anderen förmlichen Rechtsbehelf angefochten werden können.
2. Die Statthaftigkeit der Beschwerde (§ 304) ergibt sich zunächst im Wege des Ausschlussverfahrens.
3. Beschwerdebefugt sind Verfahrensbeteiligte, sofern sie durch die gerichtliche Entscheidung unmittelbar betroffen und beschwert sind.
4. Sofern kein Fall des § 311 vorliegt ist die Beschwerde nicht fristgebunden. Rein verfahrenstatsächlich kann aber der Zeitpunkt, zu dem die Beschwerde eingelegt wird, insoweit Bedeutung erlangen, als die angefochtene Entscheidung bereits vollzogen wurde und deshalb prozessual überholt ist.
5. Die Beschwerde ist schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle einzulegen.
6. Wirksam kann die Beschwerde nur gegen eine vom Gericht bereits erlassene Entscheidung eingelegt werden.
7. Die Beschwerde muss nicht begründet werden, jedoch ist dies in den meisten Fällen ratsam.
8. Die Einlegung der Beschwerde hindert nicht den Vollzug der angefochtenen Entscheidung.
9. Es besteht jedoch die Möglichkeit, zusammen mit der Einlegung der Beschwerde die Aussetzung der Vollziehung zu beantragen.

**Literaturhinweise:** **Börner**, Grenzfragen der Akteneinsicht nach Zwangsmaßnahmen; NStZ 2010, 417; **Burghardt**, Der Rechtsschutz gegen Zwangsmittel im Ermittlungsverfahren, JuS 2010, 605; **Burhoff**, Die Abrechnung von Beschwerden in Straf- und Bußgeldsachen, AGS 2023, 241; **Ellersiek**, Die Beschwerde im Strafprozess, 1981; **Engländer**, Die Rechtsbehelfe gegen strafprozessuale Zwangsmaßnahmen, Jura 2010, 414; **Graßmann**, Rechtsbehelfe gegen Unterlassen im Strafverfahren, 2004; **Habetha**, Anfechtung sitzungspolizeilicher Maßnahmen im Strafprozess, NJW 2015, 3627; **Heuchemer**, Die Praxis der Hausdurchsuchung und Beschlagnahme und die Wirksamkeit von Rechtsbehelfen im Wirtschaftsstrafrecht, NZWiSt 2012, 137; **Klawns**, Die Neuregelung des Telekommunikationsüberwachungsrechts im Strafverfahren, StRR 2008, 7; **Kotz**, Verzögerungsrüge als Fallbeil für die Untätigkeitsbeschwerde, StRR 2012, 207; **Löffelmann**, Der Rechtsschutz gegen Ermittlungsmaßnahmen, zugleich Besprechung von BGH, Beschl. v. 8.10.2008 – StB 12 – 15/08, StV 2009, 3; StV 2009, 379; *ders.*, Zum Übergang der Zuständigkeit zur Entscheidung über Rechtsbehelfe gegen Ermittlungsmaßnahmen auf das erkennende Gericht und anderen Absonderlichkeiten des Rechtsschutzsystems im Ermittlungsverfahren, ZIS 2009, 495; **Meyer-Mews**, Rechtsschutz-

401

garantie und rechtliches Gehör im Strafverfahren, NJW 2004, 716; **Meyer/Rettenmaier**, Zur Praxis des nachträglichen Rechtsschutzes gegen strafprozessuale Zwangsmaßnahmen – Rückkehr der prozessualen Überholung?, NJW 2009, 1238; **Mosbacher**, Aktuelles Strafprozessrecht, JuS 2012, 134; *ders.*, JuS 2010, 689; **Rettko**, Rechtsschutz nach Vollziehung einer Beschlagnahme oder eines Vermögensarrests, NJW 2019, 2898; **Rieß**, Beschwerdebefugnis des Nebenklägers bei vorläufiger Verfahrenseinstellung nach § 205 StPO?, NStZ 2001, 355; **Schlicht/Leipold**, Zur praktischen Anwendung des § 307 Abs. 2 StPO, StraFo 2005, 90; **Schmidt**, Zur Bindungswirkung strafprozessualer Beschwerdeentscheidungen für das erkennende Gericht, NStZ 2009, 243; **Schmidt/Walter**, Rechtsschutz der Öffentlichkeit gegen sitzungspolizeiliche Maßnahmen, NStZ 2016, 505; **Schork/Kind**, Zur Beschwerde gegen einen Durchsuchungsbeschluss bei vorheriger freiwilliger Herausgabe der Unterlagen, EWiR 2009, 21; **Singelstein**, Rechtsschutz gegen heimliche Ermittlungsmaßnahmen nach Einführung des § 101 VII 2–4 StPO, NStZ 2009, 481; **Weidemann**, Die Stellung der Beschwerde im funktionalen Zusammenhang der Rechtsmittel des Strafprozesses, 1999; **Wohlers**, Die Entscheidung des Beschwerdegerichts – zum Umfang der Kognitionspflicht des Beschwerdegerichts und zum Erlass der „in der Sache erforderlichen Entscheidung“, JR 2022, 113; **Zeyher**, Rechtsschutz gegen strafprozessuale Zwangsmaßnahmen im Ermittlungsverfahren, JuS 2022, 636.

- 402** 1. Die Beschwerde **komplettiert das Rechtsschutzsystem** gegen Beschlüsse und Verfügungen sowie gegen die weiteren gerichtlichen Entscheidungen, die nicht mit Berufung, Revision oder einem anderen förmlichen Rechtsbehelf angefochten werden können, sofern sie nicht in gesetzlich bestimmten Fällen **ausgeschlossen** (SSW-StPO/Hoch, vor §§ 304 ff. Rn 5; → *Beschwerde, Beschwerdeausschluss*, Teil A Rdn 417 ff.) oder durch § 305 S. 1 **eingeschränkt** ist (→ *Beschwerde, Beschränkung, generelle*, Teil A Rdn 468 ff.). Das Gesetz sieht die „einfache“ (§ 304), die weitere (§ 310 Abs. 1; → *Rechtsmittel/Rechtsbehelfe, weitere Beschwerde*, Teil A Rdn 572 ff.) und die sofortige Beschwerde (§ 311; → *Rechtsmittel/Rechtsbehelfe, Sofortige Beschwerde*, Teil A Rdn 550 ff.) vor.
- 403** 2.a) Die **Statthaftigkeit** der Beschwerde (§ 304) ergibt sich zunächst im Wege des **Ausschlussverfahrens**. Wegen der einzelnen Fälle, in denen die Beschwerde ausgeschlossen ist, wird **verwiesen** auf → *Beschwerde, Beschwerdeausschluss*, Teil A Rdn 417 ff. und die **Übersichten** bei *Burhoff*, EV, Rn 1189 ff. bzw. *Burhoff*, HV, Rn 936 ff.
- 404** b) Rechtsbehelfe **außerhalb des geschriebenen Rechts** sind hingegen **unstatthaft**, denn sie genügen nicht den verfassungsrechtlichen Anforderungen an die Rechtsmittelklarheit (BGH, Beschl. v. 14.2.2023 – 2 ARs 403/22). Sieht das Gesetz ein Rechtsmittel nicht vor, oder ist ein solches gar ausdrücklich ausgeschlossen (→ *Beschwerde, Beschwerdeausschluss*, Teil A Rdn 417 ff.), ist gegen eine ergangene Entscheidung keine Anfechtungsmöglichkeit gegeben (BGH a.a.O.). Folglich ist auch eine „**außerordentliche Beschwerde**“ wegen „greifbarer Gesetzeswidrigkeit“ der angefochtenen Entscheidung oder „grobe Unrechts“ im Straf- und Bußgeldverfahren **nicht statthaft** (h.M., BGH NStZ-RR 2004, 52; OLG Jena OLGSt StPO § 310 Nr. 12; SSW-StPO/Hoch, vor 304 ff. Rn 2; LR-Matt, vor § 304 ff. Rn 32 ff.). Ihre Einlegung ist deshalb auch nicht mehr zur Rechtswegerschöpfung i.S.d. § 90 BVerfGG erforderlich (anders noch BVerfG NJW 1997, 46), da ihr eine gefestigte fachgerichtliche Rspr. entgegensteht.
- 405** 3.a) **Beschwerdebefugte** sind **Verfahrensbeteiligte**, sofern sie durch die gerichtliche Entscheidung unmittelbar betroffen und **beschwert** (→ *Rechtsmittel/Rechtsbehelfe, Beschwer*, Teil A Rdn 1382 ff.) sind, also
- der Beschuldigte/Angeschuldigte/**Angeklagte**/Verurteilte (§ 296 Abs. 1),
  - für den Angeklagten dessen **Verteidiger**, aber nicht gegen den Willen des Angeklagten (§ 297; zum eigenen Beschwerderecht des Verteidigers s.u. Rdn 406),
  - der **gesetzliche Vertreter** des Angeklagten (§ 298),
  - **nicht** aber der **Betreuer** des Angeklagten, es sei denn dessen Aufgabenbereich bezieht sich speziell oder nach dem allgemeinen Umfang seiner Bestellung auf eine Betreuung in dem Straf- oder Vollstreckungsverfahren (OLG Hamburg, Beschl. v. 5.2.2021 – 2 Ws 4/21, StV 2022, 141; OLG München, Beschl. v. 1.4.2022 – 2 Ws 191/22),
  - der **Erziehungsberechtigte** des Angeklagten (§ 67 Abs. 2 JGG),
  - der Privatkläger (§ 390 Abs. 1),

- der Nebenkläger (§ 401 Abs. 1), **nicht** aber der Angeklagte gegen die Bestellung eines Nebenklägerbeistands (OLG Celle, Beschl. v. 29.6.2020 – 3 Ws 154/20, NStZ-RR 2020, 320),
- der Einziehungs- oder Verfallsbeteiligte (§§ 424 Abs. 1),
- der Vertreter einer juristischen Person (§ 444 Abs. 1 S. 1),
- eine nicht-öffentliche Stelle i.S.d. § 5 Abs. 2 PsychPbG (LG Stuttgart, Beschl. v. 10.1.2019 – 20 Qs 24/18, JurBüro 2019, 649),
- die **StA**, auch zugunsten des Beschuldigten (§ 296 Abs. 1 u. Abs. 2).

**b) Der Verteidiger ist aus eigenem Recht** nur beschwerdegefügt, sofern **seine Rechte** durch die gerichtliche Entscheidung betroffen sind (§ 304 Abs. 2), insbesondere bei

406

- **Akteneinsicht** (s. hierzu aber → *Beschwerde, Beschwerdeeinschränkung, Akteneinsicht*, Teil B Rdn 531 ff.),
- seiner Ausschließung (§ 138d Abs. 6 S. 1),
- der Ablehnung der **von ihm selbst beantragten** Entpflichtung als Pflichtverteidiger (BGH, Beschl. v. 5.3.2020 – StB 6/20, NJW 2020, 1534 m. Anm. *Burhoff*/StRR 4/2020, 16; KG, Beschl. v. 5.8.2020 – 5 Ws 129–130/20, OLG Frankfurt am Main, Beschl. v. 29.11.2022 – 3 Ws 420/22; OLG Saarbrücken, Beschl. v. 1.7.2022 – 4 Ws 194/22, NStZ 2023, 181),
- ausnahmsweise gegen seine (grundsätzlich nicht anfechtbare) Entpflichtung, wenn diese mit der Maßgabe erfolgt, dass die Bestellung wiederauflebt, sollte der neu hinzukommende Wahlverteidiger sein Mandat niederlegen (OLG Dresden, Beschl. v. 3.9.2021 – 3 Ws 78/21, NStZ 2022, 702).
- seiner Zurückweisung (*Burhoff*, EV, Rn 5328 ff.)
- der Behinderung des Verkehrs mit seinem in **Haft** befindlichen Mandanten (§ 148 Abs. 1)
  - Anbahnungsgespräch – Überwachung (KG StV 1991, 307),
  - Besuchsdauer aufgrund richterlicher Entscheidung (OLG Zweibrücken StV 1997, 313), andernfalls Anfechtung nach §§ 23 ff. EGGVG (OLG Karlsruhe NStZ 1997, 407),
  - Diktiergerät, Benutzung (OLG Frankfurt am Main AnwBl 1980, 307),
  - Dolmetscher-Zuziehung (s. aber KG, Beschl. v. 29.7.1998 – 4 Ws 127/98; LG Köln NStZ 1983, 237),
  - Durchsuchung, körperliche (OLG Saarbrücken NJW 1978, 1446),
  - Laptop, Benutzung (BGH NJW 2004, 457),
  - Schriftverkehr („Verteidigerpost“), sofern verfahrensbezogen (OLG Bremen StV 2006, 650; OLG Dresden StV 2006, 654; OLG Frankfurt am Main StV 2005, 226; OLG Rostock, Beschl. v. 16.1.2003 – 2 Ws 8/02; OLG Stuttgart NStZ 1991, 359); zur Einschränkung: BVerfG NJW 2010, 1740,
  - Telefonverkehr (BVerfG, Beschl. v. 7.3.2010 – 2 BvR 988/10; BGH NStZ 2011, 592; NStZ 1999, 471; LG Dresden StV 2011, 744).
- der **Protokollierung** von Äußerungen in der **HV** (OLG Rostock, Beschl. v. 14.1.2003 – I Ws 538/02);
- der Versagung der Genehmigung nach § 138 Abs. 2 (OLG Düsseldorf NStZ 1999, 586);
- seiner Zurückweisung wegen „**Verletzung**“ der **Amtstracht** („Krawattenzwang“: LG Mannheim NJW 2009, 1094; „Robe“: OLG Karlsruhe NJW 1977, 309; „T-Shirt“: OLG München NJW 2006, 3079).

**4.a)** Sofern kein Fall des § 311 vorliegt (s. hierzu → *Beschwerde, sofortige Beschwerde*, Teil A Rdn 550 ff.) ist die Beschwerde **nicht fristgebunden**. Rein verfahrenstatsächlich kann aber der Zeitpunkt, zu dem die Beschwerde eingelegt wird, insoweit Bedeutung erlangen, als die angefochtene Entscheidung **bereits vollzogen** wurde und deshalb **prozessual überholt** ist.

407

☞ Eine Durchsuchungsmaßnahme gilt jedoch noch nicht als abgeschlossen, wenn die Durchsicht von in der Wohnung des Beschuldigten sichergestellten elektronischen Speichermedien oder anderer Beweismittel noch andauert; in solchen Fällen scheidet eine prozessuale Überholung aus (BGH, Beschl.

v. 18.11.2021 – StB 6+7/21, NJW 2022, 306; Beschl. v. 10.8.2023 – StB 45+46/23; Beschl. v. 29.6.2023 – StB 31/23).

- 408** Erfolgt die **Einlegung** erst **nach** dem „überholenden“ Ereignis, ist das Rechtsmittel **unzulässig** (*Meyer-Göfner/Schmitt*, vor § 296 Rn 17). Wird die Beschwerde dagegen erst nachträglich gegenstandslos, ist sie für **erledigt** zu erklären (OLG Hamm NStZ 2009, 592; OLG Frankfurt am Main, Beschl. v. 21.7.2023 – 5a Ws 1/21). Darüber hinaus kann auch eine **Umdeutung** in Betracht kommen, wenn sich das Verfahrensstadium ändert, also z.B. Anklage erhoben wird. In diesem Fall ist eine noch nicht verbeschiedene Beschwerde gegen die vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis in einen Antrag auf Aufhebung der Maßnahme, gerichtet an das mit der Hauptsache befasste Gericht, umzudeuten (*Meyer-Göfner/Schmitt*, § 111a Rn 19 m.w.N.) und eine unerledigte Haftbeschwerde in einen Haftprüfungsantrag. Dies gilt auch wenn bereits weitere Beschwerde (→ *Beschwerde, weitere Beschwerde*, Teil A Rdn 572 ff.) erhoben ist (OLG Brandenburg, Beschl. v. 12.5.2022 – 2 Ws 66/22; OLG Frankfurt am Main, Beschl. v. 5.10.2009 – 1 Ws 107/09, StV 2010, 33); zu weiteren Fallgruppen → *Rechtsmittel/Rechtsbehelfe, Auslegung/Umdeutung*, Teil A Rdn 1311 ff.).

👉 Grundsätzlich unzulässig sind Beschwerden, die auf eine Feststellung der Rechtswidrigkeit einer im Zeitpunkt ihrer Einlegung bereits erledigten richterlichen Anordnung abzielen. Eine Ausnahme gilt aber bei **schwerwiegenden Grundrechtseingriffen**, selbst wenn diese tatsächlich nicht mehr fortwirken (s. z.B. BVerfG, Beschl. v. 5.7.2013 – 1 BvR 370/13, NJW 2013, 3634; OLG Düsseldorf, Beschl. v. 2.2.2023 – 1 Ws 97/22; LG Lübeck, Beschl. v. 25.8.2022 – 6 Qs 20/22; *Burhoff*, EV, Rn 4122 ff.). Dies betrifft insbesondere bereits erledigte Durchsuchungsbeschlüsse (LG Detmold, Beschl. v. 4.10.2021 – 23 Qs 106/21, StV-S 2022, 50). Die Zulässigkeit der Beschwerde setzt allerdings voraus, dass die belastende Maßnahme auch **tatsächlich vollzogen** wurde (OLG Frankfurt am Main, Beschl. v. 29.6.2023 – 7 Ws 118/23; LG Lübeck a.a.O.).

- 409** **b)** Die Verfahrensbeteiligten können – in Extremfällen – das Beschwerderecht **verwirken**. Die Beurteilung richtet sich nach § 242 BGB und verlangt sowohl die Prüfung des Zeit- als auch des Umstandsmoments (OLG Oldenburg StraFo 2007, 33; LG Berlin, Beschl. v. 4.2.2016 – 511 Qs 84/15; LG Dresden, Beschl. v. 30.10.2006 – 3 Qs 129/06; LG Saarbrücken NStZ-RR 2008, 113; *Burhoff*, EV, Rn 1172 ff.).

👉 Das **bloße Untätigbleiben** des Beschwerdeführers innerhalb eines Jahres nach Bekanntwerden der Ermittlungsmaßnahmen und über einen Zeitraum von neun Monaten seit der Verfahrenseinstellung lässt aber nicht die Annahme zu, dass eine **Beschwerde** nicht mehr eingelegt werden würde (BVerfG NStZ 2009, 166).

- 410** **5.** Die **Beschwerde** ist **schriftlich** oder **zu Protokoll der Geschäftsstelle** einzulegen (→ *Rechtsmittel/Rechtsbehelfe, Form, Schriftlich*, Teil A Rdn 1529 ff. bzw. → *Protokoll der Geschäftsstelle*, Teil A Rdn 1515 ff.). Eine **Pflicht** für Verteidiger zur **elektronischen Einlegung** besteht – anders als bei Berufung und Revision – **nicht**. Auch das „Gesetz zur weiteren Digitalisierung der Justiz“ v. 12.7.2024 (BGBl I Nr. 234) (zum Gesetzesentwurf ausführlich *Burhoff VRR 3/2024*, 13 = *StRR 4/2024*, 10) hat hier keine Änderung gebracht. Nach § 32d S. 2 Nr. 3 ist die Verpflichtung zwar auf das Strafbefehls-, nicht aber auf das Beschwerdeverfahren ausgedehnt worden.

👉 Eine **einfache, unsignierte Email** genügt diesen Formerfordernissen **nicht** (BGH, Beschl. v. 12.5.2022 – 5 StR 398/21, NJW 2022, 2768 [für die Anbringung eines Strafantrags]; OLG Karlsruhe, Beschl. v. 16.2.2023 – 2 ORbs 35 Ss 4/23, zfs 2023, 472 [für den Einspruch im Bußgeldverfahren]; LG Berlin, Beschl. v. 6.5.2019 – 513 Qs 8/19, VRS 135, 289; LG Nürnberg-Fürth, Beschl. v. 9.11.2022 – 12 Qs 59/22, StraFo 2023, 15 m. Anm. *BurhoffStRR 12/2022*, 16 [für den Einspruch gegen einen Strafbefehl]; *KK/Maur*, § 410 Rn 4). Etwas anderes kann allenfalls dann gelten, wenn mit der Email eine Bild- oder PDF-Datei mit der Einspruchsschrift übersandt wird, diese **ausgedruckt** und zur Akte ge-

nommen wird und an der Urheberschaft des Verfassers und an dessen Willen zur Einspruchseinlegung keine Zweifel bestehen (OLG Brandenburg, Beschl. v. 15.1.2024 – 2 Ws 187/23 (S); OLG Karlsruhe, a.a.O.; OLG Koblenz, Beschl. v. 18.11.2021 – 3 OWi 32 SsBs 119/21, NZV 2022, 442 m. Anm. *Krenberger*; OLG Rostock, Beschl. v. 6.1.2017 – 20 Ws 311/16, NJW-Spezial 2017, 122 [für die Einlegung einer Berufung]; LG Aachen, Beschl. v. 6.9.2021 – 66 Qs 32/21; LG Berlin a.a.O.; AG Baden-Baden, Beschl. v. 24.8.2020 – 14 OWi 308 Js 3503/20, NJW-Spezial 2020, 730; KK/*Maur* a.a.O.). Nach herrschender Rspr. muss der Ausdruck **innerhalb der Einspruchsfrist** erfolgen (OLG Karlsruhe, a.a.O.; OLG Zweibrücken, Beschl. v. 7.5.2020 – 1 OWi 2 SsBs 68/20, DV 2020, 135; LG Gießen, Beschl. v. 20.5.2015 – 802 Js 38909/15, NStZ-RR 2015, 344). Das LG Aachen (a.a.O.) und das LG Hechingen (Beschl. v. 22.6.2020 – 3 Qs 45/20, krit. hierzu *Krenberger*, a.a.O.) haben dagegen offen gelassen, ob ein späterer Zeitpunkt unschädlich ist. Die **Gegenansicht** hält die Übersendung einer Einspruchschrift als **E-Mail-Anhang** unabhängig vom Zeitpunkt eines Ausdrucks für **formwidrig** (LG Heidelberg, Beschl. v. 17.7.2023 – 1 Qs 24/23, NStZ 2023, 767).

Eine nur **telefonische Beschwerdeeinlegung** wahrt die Formerfordernisse ebenfalls **nicht** (OLG Düsseldorf/NStZ-RR 1999, 49; NJW 1995, 2177). BGH/NJW 1980, 1290 (telefonische Einspruchseinlegung gegen einen Bußgeldbescheid) ist auf das Beschwerdeverfahren nicht anwendbar (*Burhoff*, EV, Rn 1174; *Burhoff*, HV, Rn 936 ff.; *Meyer-Gößner/Schmitt*, Einl Rn 140 m.w.N; a.A. LG Münster/NJW 2005, 166 zur Berufungseinlegung).

411

**6.a)** Wirksam kann die Beschwerde nur gegen eine vom Gericht bereits erlassene Entscheidung eingelegt werden; ein vorsorglich eingelegtes Rechtsmittel ist wirkungslos (OLG Frankfurt/Main, Beschl. v. 15.3.2005 – 3 Ws 130/05). Allerdings kann gegen einen – bereits erlassenen – Beschluss **schon vor dessen Zustellung** auch dann Beschwerde eingelegt werden, wenn der Adressat vom Erlass noch keine Kenntnis erlangt hat (BGHSt 25, 187; LG Potsdam JurBüro 2015, 207). Dasselbe soll gelten, wenn der vorschnell verfasste/abgesandte Rechtsbehelf erst nach Erlass des Beschlusses bei Gericht eingeht (OLG Jena NStZ-RR 2012, 180). Eine **bedingte Beschwerde** gegen eine noch nicht ergangene, vom Beschwerdeführer lediglich befürchtete Entscheidung des Gerichts ist dagegen **unzulässig** (OLG Rostock, Beschl. v. 2.6.2004 – I Ws 230/04).

412

**b)** Die Bezeichnung des Rechtsmittels als Beschwerde ist **nicht erforderlich** (§ 300; → *Rechtsmittel/Rechtsbehelfe, Bezeichnung*, Teil A Rdn 1395 ff.). Deshalb kann auch ein eingelegter „Einspruch“ oder „Widerspruch“ zwanglos als Beschwerde ausgelegt werden (LG Berlin NStZ 2005, 119; → *Rechtsmittel/Rechtsbehelfe, Auslegung/Umdeutung*, Teil A Rdn 1311 ff.). Voraussetzung ist lediglich, dass der Erklärende irgendwie kundtut, er wolle gegen eine ergangene gerichtliche Entscheidung vorgehen (**Anfechtungswille**; KG, Beschl. v. 14.8.2007 – 1 Ws 107/07). Ist der Anfechtungswille auch nach Auslegung der Erklärung des Beschwerdeführers zweifelhaft, muss das Gericht diesen Zweifel durch eine entsprechende Nachfrage klären (LG Nürnberg-Fürth, Beschl. v. 24.6.2021 – 12 Qs 39/21, StraFo 2021, 351; *Burhoff*, EV, Rn 1179).

413

**7.** Die Beschwerde **muss nicht begründet** werden (→ *Rechtsmittel/Rechtsbehelfe, Begründung*, Teil A Rdn 1328 ff.), jedoch ist dies in den meisten Fällen ratsam (*Burhoff*, EV, Rn 1180 und *Burhoff*, HV, Rn 936 ff.). Der Beschwerdeführer kann sowohl die der Entscheidung zugrunde liegenden **Tatsachen** als auch die durch das Erstgericht erfolgte **Rechtsanwendung** beanstanden. Er kann sein Rechtsmittel dabei auch auf **neue Tatsachen** stützen.

414

**8.** Die Einlegung der Beschwerde **hindert nicht den Vollzug** der angefochtenen Entscheidung (§ 307 Abs. 1). Einzelne gesetzliche Ausnahmen hiervon bestehen für Entscheidungen, die nur mit sofortiger Beschwerde angefochten werden können (→ *Beschwerde, sofortige Beschwerde*, Teil A Rdn 550 ff.). **Faktische Suspensivwirkung** entsprechend § 449 wird der Beschwerde ausnahmsweise in Fällen der **Strafvollstreckung** zuerkannt, wenn die Vollstreckbarkeit oder weitere Vollstreckung der Strafe von der Entscheidung über die Beschwerde abhängt (*Meyer-Gößner/Schmitt*, § 307 Rn 1; LR-*Matt*, § 307 Rn 3).

415

- 416** 9. Es besteht jedoch die Möglichkeit, zusammen mit der Einlegung der Beschwerde die **Aussetzung der Vollziehung** (§ 307 Abs. 2) zu beantragen (*Burhoff, EV, Rn 1183*). Ein derartiger Antrag ist in allen Fällen möglich, in denen nicht schon das Gesetz die Beschwerde mit einem Suspensiveffekt ausstattet (→ *Beschwerde, sofortige Beschwerde*, Teil A Rdn 556).

☞ Ist die Beschwerde nicht offensichtlich unbegründet, so ist im Beschwerdeverfahren hinsichtlich des Antrags auf Aussetzung der Vollziehung unter Berücksichtigung aller **Umstände** des **Einzelfalls abzuwägen**. Dabei ist von Bedeutung, ob durch die Vollziehung der angefochtenen Entscheidung (oder durch die Aussetzung des Vollzugs) irreparable Nachteile entstehen würden (BGH NSTZ 2010, 343).

**Siehe auch:** → *Beschwerde, Beschwerdeausschluss*, Teil A Rdn 417 ff.; → *Beschwerde, Beschwerdeeinschränkung, Akteneinsicht*, Teil A Rdn 433 ff.; → *Beschwerde, Beschwerdeeinschränkung, Bewährungsbeschluss*, Teil A Rdn 439 ff.; → *Beschwerde, Beschwerdeeinschränkung, generelle*, Teil A Rdn 468 ff.; → *Beschwerde, Entscheidung*, Teil A Rdn 481 ff.; → *Beschwerde, Ordnungsmittel*, Teil A Rdn 507 ff.; → *Beschwerde, Pflichtverteidigerbestellung*, Teil A Rdn 530; → *Beschwerde, sofortige Beschwerde*, Teil A Rdn 550 ff.; → *Beschwerde, Untätigkeitsbeschwerde*, Teil A Rdn 559 ff.; → *Beschwerde, Verschlechterungsverbot*, Teil A Rdn 564 ff.; → *Beschwerde, weitere Beschwerde*, Teil A Rdn 572 ff.

## 417 Beschwerde, Beschwerdeausschluss

### Das Wichtigste in Kürze:

1. § 304 Abs. 4 S. 1 erklärt die Beschwerde gegen Entscheidungen des BGH für unzulässig. Dasselbe gilt für Beschlüsse und Verfügungen der OLG, es sei denn diese sind erstinstanzlich tätig und es liegt einer der in § 304 Abs. 4 S. 2 Nr. 1 bis Nr. 5 normierten Ausnahmefälle vor.
2. Darüber hinaus ist in verschiedenen Vorschriften der StPO und des GVG ein „spezialgesetzlicher“ Beschwerdeausschluss enthalten.
3. Der Katalog des § 304 Abs. 4 S. 2 ist abschließend. Zudem ist die Vorschrift grds. restriktiv auszulegen.
4. Weitere Ausnahmen bestehen bei einzelnen Entscheidungen der Ermittlungsrichter des BGH und der OLG. Diese sind – abschließend – aufgeführt in § 304 Abs. 5, der als eine den Grundsatz der Unanfechtbarkeit durchbrechende Bestimmung eng auszulegen ist.

- 418** **Literaturhinweise:** s. die Hinw. bei → *Beschwerde, Allgemeines*, Teil A Rdn 401.
- 419** 1. § 304 Abs. 4 S. 1 erklärt die Beschwerde gegen Entscheidungen des **BGH** für **unzulässig** (zu **Ausnahmen** bei Entscheidungen des **Ermittlungsrichters** des BGH Rdn 424 f.). Dasselbe gilt für Beschlüsse und Verfügungen der **OLG**, es sei denn diese sind **erstinstanzlich** tätig **und** es liegt einer der in § 304 Abs. 4 S. 2 Nr. 1 bis Nr. 5 normierten **Ausnahmefälle** vor. In diesen Fällen kann Beschwerde zum BGH (§ 135 Abs. 2 GVG) erhoben werden.
- 420** Soweit eine **Entscheidung des OLG** der Beschwerde **entzogen** ist, gilt dies auch für die sog. Annexentscheidungen wie **Kosten- und Auslagenentscheidungen**. Über Einwendungen hiergegen entscheidet der BGH nach § 463 Abs. 3 S. 3 nur, wenn gegen das Urteil Revision eingelegt wurde und diese noch nicht verbeschieden oder zurückgenommen ist (BGH, Beschl. v. 10.3.2021 – StB 32/20, StRR Sonderausgabe 5/2021, 3). Dies betrifft auch den Fall, dass das OLG das Verfahren wegen eines Verfahrenshindernisses einstellt (BGH NJW 2000, 1427 m. abl. Anm. *Hilger* NSTZ 2000, 332). Ebenso wenig isoliert anfechtbar ist die Entscheidung über eine etwaige **Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen** (§§ 2 ff. StrEG; BGHSt 26, 250); auch hier kommt eine Anfechtung nur „zusammen“ mit dem